

Bern



Auf der letzten grossen Bauwiese der Stadt Bern wird wohl unter anderen die Hauptstadt-Genossenschaft zum Zuge kommen. Foto: Urs Baumann (Archiv)

Mega-Genossenschaft kommt zum Handkuss

Viererfeld Die neu gegründete Hauptstadt-Genossenschaft darf einen Teil des Viererfelds in Bern entwickeln – und später wohl auch bebauen. Bürgerliche wittern Klüngerlei.

Fabian Christl

In einem Jahr dürfen die Stadtberner Stimmberechtigten über die Baurechtsvergabe für das Vierer- und Mittelfeld befinden. Schon heute zeichnet sich aber ab, wer dereinst zum Zuge kommen wird. Die Finanzdirektion von Gemeinderat Michael Aebersold (SP) hat nämlich mit der Hauptstadt-Genossenschaft eine Vereinbarung zur Entwicklung eines Teils des Areals getroffen. Der Plan sieht vor, dass die Genossenschaft dann den Teil auch selber bebauen darf. Die definitive Vergabe erfolgt aber erst nach der Abstimmung. Konkret geht es um 150 Wohnungen, also um die Hälfte der 300 Wohnungen, die in der ersten Bauetappe erstellt werden sollen. Insgesamt sind rund 1100 Wohnungen geplant.

Für Aebersold handelt es sich bei der Hauptstadt-Genossenschaft um den «idealen Partner» für die Überbauung. «Sie bringt

viel Know-how mit, ist in der Region verankert und breit abgestützt», sagt er. Der frühzeitige Einbezug nütze beiden Seiten. «Wir können von der Erfahrung der Genossenschaft profitieren, und sie kann bereits die Rahmenbedingungen mitgestalten.»

Raum für Visionen

Die Hauptstadt-Genossenschaft wurde unter Schirmherrschaft des Regionalverbands Bern-Solothurn von Wohnbaugenossenschaften Schweiz neu gegründet und vereint 30 Genossenschaften aus dem Raum Bern. Präsidentin ist die SP-Grossrätin Ursula Marti. Laut Tobias Willmann, Geschäftsführer der Hauptstadt-Genossenschaft, ist ihr erklärtes Ziel, dass auch Grossprojekte von auf Gemeinschaft und Partizipation ausgerichteten Genossenschaften gestemmt werden können. Bei vielen grossen Genossenschaften wie etwa der Fambau haben die Mieter kein Mitbestimmungsrecht.

Wie der Wohnungsmix aussehen wird, ist noch offen. Die Genossenschaft beabsichtigt, einen Teil der Wohnungen an Institutionen zu vergeben – etwa für Asylbewerber, Arme oder Alte. Einen weiteren Teil möchte sie mit Gruppen zusammen konzipieren, «die Wohnvisionen haben, welche sich auf dem herkömmlichen Wohnungsmarkt schlecht realisieren lassen», wie Willmann sagt. Den grössten Teil will die Genossenschaft aber selber verwalten. Diese Wohnungen sollen verhältnismässig günstig werden: Für eine 95-Quadratmeter-grosse 4,5-Zimmer-Wohnung sind etwa 1700 Franken plus Nebenkosten angedacht. Allerdings werden die künftigen Bewohner wohl Wohnungsanteilscheine oder Pflichtdarlehen erwerben müssen.

«Riecht nach Kartell»

Aebersolds Vorgehen kommt bei seinen Genossen gut an: Die SP Stadt Bern reagierte gestern um-

gehend mit einer wohlwollenden Mitteilung. Aber auch Melanie Mettler, Chefin der stadträtlichen GLP-Fraktion, begrüsst die Vereinbarung – nicht zuletzt, «weil eine offene Mietergenossenschaft Privaten die Möglichkeit bietet, in Wohneigentum zu investieren».

Gar keine Freude an der Vereinbarung zeigt dafür Stadtrat Bernhard Eicher. Der Fraktionschef der FDP kritisiert vor allem, dass kein offizielles Wettbewerbsverfahren durchgeführt worden ist. «Für jeden 100 000-Franken-Auftrag macht man eine komplizierte Ausschreibung, aber wenn es um Millionenbeträge geht, mauschelt man im kleinen Kreis», sagt er.

Noch weiter geht FDP-Grossrat Adrian Haas, Präsident des Hauseigentümergebietes Bern und Umgebung. Wie Haas ausführt, unterliegt die Baurechtsvergabe zwar nicht dem Beschaffungsrecht, das eine Ausschrei-

bung voraussetze. «Ich sehe hier aber etwa den verfassungsmässigen Anspruch der direkten Konkurrenten auf Gleichbehandlung verletzt.» Dass die Hauptstadt-Genossenschaft einen Grossteil der Genossenschaftszene vereint, macht es für Haas nicht besser: «Für mich riecht das ziemlich nach Kartell und Ausschluss des Wettbewerbs.»

Lokale Investoren gesucht

Finanzdirektor Aebersold sieht hingegen keine rechtlichen Probleme. Durch die breite Abstützung der Hauptstadt-Genossenschaft könne ihm eigentlich nur «Heimatschutz» vorgeworfen werden. «Doch dazu stehe ich.» Er wolle das Viererfeld mit Akteuren entwickeln, die in der Region verankert seien und die Vision eines lebendigen Quartiers teilten.

Das gelte im Übrigen auch für den Teil der ersten Bauetappe, der dereinst von gewinnorientierten Bauträgern realisiert wer-

de. Die Stadt ist dort noch auf der Suche nach Investoren, die analog zur Hauptstadt-Genossenschaft einen Teil des Areals entwickeln. Für die restlichen rund 800 Wohnungen würden sowohl im gemeinnützigen wie auch im marktorientierten Teil Wettbewerbe durchgeführt.

Insgesamt wird die Hälfte des Viererfelds und mindestens die Hälfte des Mittelfelds von gemeinnützigen Bauträgern bebaut. Wie Aebersold bereits kurz nach Amtsantritt verlautete, möchte auch die Stadt alleine oder in Zusammenarbeit mit Genossenschaften auf dem Areal Bauprojekte realisieren. Von einem Viertel der Gesamtfläche, wie ursprünglich kommuniziert, ist heute aber nicht mehr die Rede. Aebersold rechnet heute nur noch mit rund 60-100 Wohnungen – will sich aber noch nicht definitiv festlegen. Klar aber ist: «Das Viertel habe ich damals etwas voreilig verkündet», sagt er.

SP kritisiert Bundesrat Berset für seinen Angriff auf Kulturgelder an die Stadt Bern

Bundesmillion Die SP will den jährlichen Zustupf der Eidgenossenschaft für Kunst- und Theaterprojekte in der Bundesstadt retten.

Bis letzte Woche konnten sich Parteien, Verbände und Organisationen zur Kulturförderung des Bundes äussern. Für die Stadt Bern ist besagte Kulturbotschaft für die Jahre 2021 bis 2024 deshalb wichtig, weil sie die Absicht enthält, der Stadt die sogenannte Bundesmillion zu streichen. Der Bundesrat will in diesen Jahren zwar insgesamt 943 Millionen Franken für die Kultur ausgeben – aber bei der Stadt Bern soll gespart werden (der «Bund» berichtete).

Nun zeigt sich, dass die nationalen Parteien eher wenig Interesse an der Vernehmung

hatten. SVP und Grüne haben gar nicht erst Stellung genommen, die FDP äusserte sich nur sehr kurz und teilt mit, sie finde eine Mittelaufstockung von insgesamt 35,4 Millionen Franken nicht notwendig.

Die SP Schweiz dagegen setzt sich für die Stadt Bern ein und kritisiert das Vorhaben, die Bundesmillion einzusparen. Damit beklagen sich die Sozialdemokraten über den Plan des eigenen SP-Bundesrats Alain Berset. Als Bundesstadt müsse sich Bern nicht nur politisch und sozial auszeichnen, sondern auch ein angemessenes kulturelles Ange-

bot bieten, schreibt die SP in ihrer Antwort an Berset. Darum sei sie gegen die Streichung der Gelder, welche in der Stadt Bern an Kulturhäuser wie etwa das Stadttheater oder die Dampfzentrale fliessen.

Genf soll Gelder erhalten

Auch der Städteverband will die Subvention für Bern erhalten. Er hält in seiner Stellungnahme fest, dass die Bundeshauptstadt eine wichtige Funktion wahrnehme, «die unseres Erachtens abgegolten werden soll». Von einer Streichung der Gelder für

die Bundesstadt sei abzusehen, schreibt der Städteverband. Die Stadt und der Kanton Bern äusserten sich ebenfalls zu den Plänen des Bundesamts für Kultur. Die Stadt verfasste gar ein Argumentarium, welches sie an kulturelle Institutionen versandte, damit sich diese für die Bundesmillion einsetzen. Darin schreibt die Stadt Bern, dass Genf künftig mit einem jährlichen Beitrag von knapp 26 Millionen unterstützt werde, damit internationale Akteure dort optimale Bedingungen erhielten. Genf erhält diese Gelder, um sich als «Zentrum der multilateralen Di-

plomatie» hervorzutun – die Stadt Bern mit Sitz vieler Botschaften soll aber nichts mehr vom Bund erhalten, das stört die Stadt.

Der Berner Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) schreibt denn auch in seiner Stellungnahme, die an Berset adressiert ist, der Bund solle die einzige Abgeltung, die er seiner Bundesstadt zukommen lasse, weiterhin ausrichten: «Das Kulturangebot soll einen würdigen Rahmen bieten, damit die Stadt Bern ihre Funktion als Bundesstadt angemessen wahrnehmen kann», heisst es im Schreiben

weiter. Die Unterstützung des Bundes leiste dazu einen kleinen, aber symbolisch äusserst wichtigen Beitrag.

Es ist nun an der eidgenössischen Verwaltung, die Antworten auszuwerten, die Botschaft womöglich anzupassen und dann wieder dem Bundesrat vorzulegen. Ob dieser oder die Verwaltung Gehör hat für die Berner Wünsche, ist fraglich. Danach ist es am Parlament, die Kulturbotschaft zu verabschieden. Und allenfalls nochmals Änderungen vorzunehmen.

Sophie Reinhardt